

Harte Energiefakten

Angesichts der hohen Ölpreise braucht Europa eine Energie-Effizienzpolitik, die den Energieverbrauch bis 2020 um mehr als 20 Prozent senkt.

Von **Dr. Dörte Fouquet**

In einer Studie aus dem Jahr 2006 für die Europäische Kommission unter dem Titel „World Energy Technology Outlook to 2050“ nehmen die wissenschaftlichen Autoren an, dass der Ölpreis bis 2050 auf beinahe 110 Dollar pro Barrel (\$/bl) steigen wird (2005/boe). Der Ölpreis liegt derzeit bei 139 \$/bl (Stand 6. Juni 2008). Er enthält noch nicht nennenswert die Kosten der CO₂-Nutzung. Diese werden bei seriöser internationaler Emissionshandelspolitik drastisch steigen.

Die Europäische Kommission geht in vielen Annahmen nach wie vor wie beispielsweise bei Berechnungen des zukünftigen Energiemixes und des Anteils von erneuerbaren Energien von einem Preis von 40 bis 60 Dollar Barrel aus, so wie auch die Internationale Energieagentur (IEA) in der Vergangenheit. Angesichts der aktuellen Preisentwicklungen können eigentlich alle Szenarien, die dermaßen falsch liegen, auf die Müllhalde der Statistikgeschichte geworfen werden.

Selbst, wenn der Ölpreis bei nachlassender Spekulation wieder sinken wird, wird er die Phantasiezahlen der Kommission und der IEA nicht mehr erreichen, insbesondere bei einer Internalisierung der CO₂-Verschmutzungskosten. Bei der ebenfalls nun zugegebenen rapideren Verknappung des Zugriffs auf Ressourcen, wie vom Ölkonzern Total nun unterstrichen, wird dies auch wohl kaum möglich sein.

Schneller weg vom Öl

Man wird weniger als Zahlenfrevler angeprangert werden, wenn man von einem Preis von über 200 Dollar pro Barrel für 2050 ausgeht als von 110 Dollar pro Barrel. Es sei denn, die Nachfrage nach Öl würde bis 2050 drastisch sinken. Dies bedingt jedoch massive Investitionen in erneuerbare Energien. Und sollten diese dann getätigt werden, gibt es ebenfalls kein Zurück mehr zum Öl.

Vielleicht stellt sich im Moment immer mehr die Frage, ob sich nicht die tatsächliche Entwicklung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz weitgehend vom Ölpreis abkoppelt. Er ist so aberwitzig

hoch, dass nunmehr alles, was nicht Öl oder Gas nutzt – abgesehen von Nuklear, bei voller Kostenwahrheit – billiger ist als die weitere Nutzung von Öl.

Nur sind die erneuerbaren Technologien noch nicht genug verbreitet, es wird kurzfristig nirgendwo mehr an Nachfrage fehlen auf der Welt, aber am Angebot. Die Angebotsseite von erneuerbaren Energien und den dazugehörigen Technologien zu stärken, sollte die Hauptaufgabe von Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik global sein. Dies hat im Einklang mit einer Energieeffizienz-Politik zu geschehen, die den Energieverbrauch um weit mehr als 20 Prozent bis 2020 zu senken hat.

Rat und Europäisches Parlament beraten derzeit das Energieeffizienzpaket mit seinen Bestandteilen Klimaschutz, Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und CO₂-Einlagerung. Die European Renewable Energies Foundation (EREF) ist seit nunmehr einem guten Jahr unermüdlich beteiligt auf den verschiedenen Ebenen, um eine Richtlinie für Erneuerbare Energien zu bekommen, die die nötige Planungssicherheit und Perspektive für das kommende Jahrzehnt bietet.

EU-weites Zertifikatesystem vielleicht bald passé

Einer der Hauptkonfliktpunkte scheint nun lösbar zu sein. Selbst das Vereinigte Königreich besteht nun nicht mehr darauf, ein EU-weites Zertifikathandelssystem verpflichtend einzuführen. Deutschland hat in den vergangenen Monaten in der Tat sehr charmant und geschickt mit den Schlüsseländern in Europa verhandelt, damit zumindest jedes Land sein nationales Fördersystem für erneuerbare Energien erhalten kann und es keinen EU-weiten Zwangshandel gibt.

Der Berichterstatter im Europäischen Parlament, Claude Turmes, sieht das genauso, und sein Bericht ist hier auch entsprechend klar. Problematisch ist noch der Bereich der Biokraftstoffe. Es scheint so, dass mittlerweile alle fürchten, den Mund zu voll genommen zu haben, als sie von zehn Prozent-Anteilen von Biokraftstoffen sprachen.

Die Nachhaltigkeitsfrage ist mit dem derzeitigen Entwurf der Kommission nicht klar beantwortet worden.

Es geht nicht darum, die Förderung von Biokraftstoffen abzuschaffen, sondern es geht darum, diese auf vernünftige reelle Füße zu stellen. Strom aus erneuerbaren Energien sollte verstärkt als Biokraftstoff eingesetzt werden, und dem muss die Richtlinie klarer Rechnung tragen. Eigentlich hat der deutsche Finanzminister vor einigen Jahren die Weichen falsch gestellt. Nachdem Deutschland durch die 100-prozentige Befreiung von der Mineralölsteuer für Biokraftstoffe einen wahren regionalen kleinen Boom, insbesondere bei Biodiesel, hervorgerufen hat.

Die Entscheidung der Beendigung der Befreiung zugunsten von Beimischungsquoten hat nur dazu geführt, dass die großen Mineralölkonzerne den Markt wieder für sich haben und kräftig Palmöl beimischen. Die regionale Versorgungswirtschaft hatte einmal mehr das Nachsehen und die Signale aus Deutschland haben zu Irritationen geführt.

Man hofft in Brüssel, dass es gelingen wird, einen gemeinsamen Standpunkt zur Erneuerbaren Richtlinie von Rat und Parlament bis Ende des Jahres noch zu erreichen und damit wäre eine Verabschiedung Anfang 2009 machbar. Die Frage ist auch, ob die Kommission sich einmal mehr wieder als fairer Sportler zeigt und hier mitspielt. ◀

Autorin

Dr. Dörte Fouquet

Director EREF

Der Fachverband Biogas ist Mitglied bei EREF.